

**Veranstaltung „Frankfurt 2030 – Die Soziale Stadt“
Statement von Stadträtin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld**

Ich darf mich zunächst herzlich bedanken, dass die Sozialpolitische Offensive und die Frankfurter Rundschau diese Veranstaltung organisiert haben. Wie es uns gelingt, Armut zu bekämpfen und negative Auswirkungen abzufedern, ist entscheidend für die Lebensqualität in unserer Stadt. Ein so wichtiges Thema verdient unsere volle Aufmerksamkeit.

Lassen Sie mich, bevor wir uns 2030 anschauen, kurz in der Gegenwart verweilen. Zurzeit sind Seniorinnen und Senioren im Vergleich zum Durchschnitt der Bevölkerung weniger häufig auf Transferleistungen angewiesen. Rund 7.000 Seniorinnen und Senioren in Frankfurt bezogen 2007 Grundsicherung, weil ihre Rente nicht ausreichte, den Lebensunterhalt zu bestreiten. Das entsprach gut sechs Prozent der Altersgruppe. In der jüngeren Generation waren es dagegen gut 13 Prozent, die Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld erhielten.

Diesen „Vorteil“, wenn ich es so salopp sagen darf, wird die ältere Generation in den kommenden Jahrzehnten nicht halten können. Die Gründe dafür sind bekannt und von Frau Dr. Bertelmann bereits benannt: Wegen der demographischen Entwicklung werden die Rentenansprüche im Vergleich zu heute geringer ausfallen. Gleichzeitig ist Arbeitslosigkeit inzwischen ein fester Bestandteil von Erwerbsbiographien, was sich auf die Einzahlung in die Rentenkasse, aber auch auf die Möglichkeiten der privaten Vorsorge auswirkt. Die Altersarmut wird also zunehmen. Eine seriöse Aussage darüber, in welchem Umfang dies erfolgen wird, ist laut dem aktuellen Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung nicht möglich.

Auf zwei Tendenzen, die wir teilweise schon heute wahrnehmen, möchte ich Sie noch hinweisen: Menschen mit Migrationshintergrund sind stärker von Altersarmut betroffen als ihre deutschen Altersgenossen. Von den Frankfurter Senioren mit deutscher Staatsbürgerschaft bezogen 2007 gut vier Prozent Grundsicherung. Von den Frankfurter Senioren ohne deutschen Pass waren es knapp 21 Prozent.

Der andere Punkt ist die Situation der Frauen, die Frau Dr. Bertelmann auch schon angesprochen hat. Durch die gestiegene Erwerbstätigkeit von Frauen und die Anerkennung von Erziehungszeiten durch die Rentenkassen wird sich ihre Lage im Vergleich zu den heutigen Rentnerinnen verbessern. Eine Angleichung an die Situation der Männer können wir allerdings nicht erwarten. Denn viele Frauen arbeiten Teilzeit, um Beruf und Familie besser unter einen Hut zu bekommen.

Soviel zur Bestandsaufnahme; lassen Sie uns jetzt die Handlungsstrategien in den Blick nehmen: Dazu, wie wir Altersarmut vorbeugen können, haben wir heute bereits

viel gehört. Deshalb möchte ich das Thema an dieser Stelle nicht noch einmal vertiefen. Ich will nur noch mal drei wichtige Punkte in Erinnerung rufen:

- Wir müssen die Kinder zu einem qualifizierten Schulabschluss führen und ihnen eine gute Ausbildung ermöglichen.
- Wir müssen durch Fördern und Fordern alles tun, um Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.
- Und wir müssen die Menschen weiter ermuntern, in die private Altersvorsorge zu investieren.

Ist das Rentenalter erst einmal erreicht, gibt es im Grunde keine Möglichkeit mehr, die Armut selbst zu bekämpfen. Dann müssen wir uns darauf konzentrieren, für Ausgleich zu sorgen und Teilhabe zu ermöglichen. Für die Existenzsicherung wird auch in Zukunft der Bund zuständig sein. Vorrangige Aufgabe der Kommunen wird es sein, Teilhabe zu ermöglichen. Auf diesen Punkt möchte ich mich im Weiteren konzentrieren. Denn allein hier liegen unsere Handlungsmöglichkeiten als Stadt.

Wenn wir von Teilhabe sprechen, müssen wir meines Erachtens zwei Aspekte betrachten: zum einen den finanziellen, zum anderen den psychosozialen Aspekt. Denn für mich ist Altersarmut mehr als ein finanzielles Problem. Wir müssen auch die Vereinsamung im Blick haben, die durch fehlende finanzielle Ressourcen natürlich befördert wird, aber dem Grunde nach in allen Schichten anzutreffen ist.

Was die finanzielle Seite anbelangt, kann die Kommune nur abfedernd tätig werden. Das geschieht bereits jetzt und daran werden wir auch festhalten. Ich darf ein paar Beispiele nennen:

- Übernahme der Pflegekosten, wenn Leistung der Pflegeversicherung und eigenes Einkommen nicht reicht (zurzeit zahlt die Stadt hierfür 95 Mio. € im Jahr)
- Vergünstigungen beim Eintritt in Museen und Schwimmbäder sowie beim Kauf von RMV-Tickets für Menschen mit geringem Einkommen (Frankfurt-Pass)
- Taschengeld für Bewohnerinnen und Bewohner von Altenpflegeheimen (mit Unterstützung des St. Katharinen- und Weißfrauenstifts sowie des Almosenkasten)
- Einmalhilfen Philippi-Stiftung und Almosenkasten
- Bezuschussung Essen auf Rädern für Bedürftige
- Zuschüsse an Träger der freien Wohlfahrtspflege, die Altenclubs und Alntreffs organisieren
- vergünstigte, teilweise auch kostenlose Teilnahme an Seniorenfahrten und Besuche von Theatervorstellungen für Senioren
- kostenlose Abgabe der Senioren Zeitschrift

Ich glaube, kein Kenner der Szene wird bestreiten, dass Frankfurt in diesem Bereich sehr engagiert und gut aufgestellt ist. Das Problem ist jedoch, dass viele Seniorinnen und Senioren die Angebote der Stadt und der freien Träger nicht kennen. Zwar gibt es zahlreiche Anlaufstellen, die darüber informieren, doch auch die werden – oft aus Scham oder Unkenntnis – nicht genutzt. Das zu verändern, ist die eigentliche Herausforderung für uns.

Und damit komme ich zum zweiten – psychosozialen – Aspekt: Wir müssen stärker auf die älteren Menschen zugehen, um sie über ihre Rechte und Möglichkeiten zu informieren, aber auch um sie aus ihrer Vereinsamung zu holen. Menschen brauchen Anerkennung, Zuwendung und Geselligkeit – das ist im Alter nicht anders als in jungen Jahren.

Am Donnerstag habe ich die Stadtteilkonferenz Altenhilfe des Sozialrathauses Bornheim besucht. Dort treffen sich Träger, Initiativen, Ortsbeiratsmitglieder und Sozialpfleger mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Sozialrathauses, um sich über das Angebot der Altenhilfe im Einzugsbereich auszutauschen. Ich habe die Gelegenheit genutzt und die Teilnehmer mit Blick auf die heutige Veranstaltung gefragt, welche Bedürfnisse „ihre“ Seniorinnen und Senioren haben. Die Mehrzahl der Beiträge zielte darauf ab, dass sich die Seniorinnen und Senioren Kontakt wünschen – zu Gleichaltrigen, aber ebenso zu Kindern, Jugendlichen und jüngeren Erwachsenen.

Auch solche Möglichkeiten gibt es bereits zahlreich – angefangen beim Seniorenkreis in der Kirchengemeinde über den Seniorentreff im Nachbarschaftszentrum bis zu generationsübergreifenden Projekten mit Schulen. Die zentrale Frage ist auch hier: Wie bekommen wir noch mehr ältere Menschen und insbesondere auch die älteren Migranten dazu, die Angebote zu nutzen?

Ich glaube, dass wir an diesem Punkt vor allem durch stadtteilorientierte Arbeitsweisen weiterkommen. Quartiersmanagement im Rahmen des „Frankfurter Programms – Aktive Nachbarschaft“, Familienzentren und Nachbarschaftstreffs, aber auch die klassischen Vereine und stadtteilorientierte Netzwerke stärken den Zusammenhalt in den Siedlungen und bauen Anonymität ab. Je enger die Bezüge im Stadtteil sind, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass jemand die Einsamkeit eines älteren Nachbarn erkennt und für Abhilfe sorgt. Sei es, dass er den Nachbarn direkt anspricht, vielleicht einfach mal mitnimmt zum Seniorentreff oder jemanden informiert, der sich kümmert. Ansprechpartner gibt es viele: Quartiersmanager, Sozialpfleger, Mitarbeiter der Sozialrathäuser oder Einrichtungen der Altenhilfe im Stadtteil. Selbstverständlich kann man auch immer die Hotline „Not sehen und helfen“ des Jugend- und Sozialamts – 212-70070 – anrufen.

Schön und gut, werden Sie sich denken – aber was tut die Stadt dafür, diese Entwicklung zu fördern? Wir sind bereits dabei, die Stadtteilarbeit zu intensivieren. Ein erster Schritt war die Ausweitung des „Frankfurter Programms – Aktive Nachbarschaft“ von vier auf acht Quartiere, die im vergangenen Jahr beschlossen und in diesem umgesetzt wurde. Wir greifen verstärkt Initiativen aus den Stadtteilen auf, um Nachbarschaftszentren zu schaffen. Gerade gestern durfte ich in Griesheim-Nord ein neues Zentrum eröffnen. Das Engagement der beteiligten Institutionen, aber auch der Bürgerinnen und Bürger hat mich sehr beeindruckt.

Des Weiteren will der Magistrat die Entwicklung von Familienzentren vorantreiben. In Fechenheim hat sich aus einer Kindertagesstätte ein solches Zentrum entwickelt. Ich habe mein Amt beauftragt, ein Konzept für Familienzentren außerhalb von Kindertagesstätten zu entwickeln. Neben diesen Projekten, die wir ohne zusätzliche Mittel nicht werden umsetzen können, gibt es auch viele kleine Initiativen, die uns auf dem

Weg voranbringen. Ein paar wenige Beispiele sollen hier genügen, um nicht den Zeitrahmen zu sprengen und bald zur Diskussion zu kommen:

- spezielle Projekte für ältere Migranten (Rentenberatung, italienische Wegbegleiter)
- Bemühungen, Partizipation zu stärken
- Öffnung vieler Altenpflegeheime zum Stadtteil hin
- Broschüren zu Hol- und Bringdiensten in den einzelnen Stadtteilen
- Frankfurter Sport-Spaß für Ältere

An Ideen und Initiativen mangelt es in unserer Stadt nicht. Wir sind auf einem guten Weg. Und ich möchte die Gelegenheit nutzen, allen zu danken, die uns dabei unterstützen: die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der freien Träger, die zahlreichen ehrenamtlich Aktiven, aber auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung. Ohne den breiten Konsens in unserer Stadt, dass die Frankfurter Bürgerinnen und Bürger in Würde alt werden sollen, stünden wir in der Altenhilfe längst nicht da, wo wir sind.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!